

Impressum

Handwerkskammer Region Stuttgart
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Telefon 0711 1657-0
Telefax 0711 1657-222
info@hwk-stuttgart.de
www.hwk-stuttgart.de

Redaktionsschluss
25. Juni 2026

Fotos
Handwerkskammer Region Stuttgart
AMH-Online
Staatsministerium Baden-Württemberg / Ilkay Karakurt
VRS Kraufmann

VOLLVERSAMMLUNG 13. JULI 2026

Handwerkspolitischer Bericht



Handwerkskammer
Region Stuttgart



DAS HANDWERK

WIR MACHEN KARRIERE MIT GEFÜHL.

**WIR KÖNNEN ALLES,
WAS KOMMT.**

www.hwk-stuttgart.de

Erfahre mehr:
handwerk.de



Notizen

This image shows a full page of white paper with horizontal dotted lines, typical of primary school writing paper. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Der Koalitionsvertrag des Landes aus Sicht des Handwerks
- 8 Reformagenda im Bund: Große Rhetorik, kleine Schritte
- 10 Arbeitsrecht 2026: Zwischen Flexibilität und Regulierung
- 12 Kommunale Wirtschaftstätigkeit als strukturelle Herausforderung
- 14 Keine Energiewende ohne Investitionen
- 17 Weltweit vernetzt für das Handwerk in der Region
- 20 Zukunftskonvent: Von der Debatte zu Taten

Ansprechpartnerinnen



Gesine Kapelle
Politische Referentin
Telefon 0711 1657-262
gesine.kapelle@hwk-stuttgart.de



Sandra Schubert
Politische Referentin
Telefon 0711 1657-307
sandra.schubert@hwk-stuttgart.de

Vorwort

Die erneuerte Koalition im Land formuliert große Ziele: Baden-Württemberg soll bis 2040 klimaneutral, die Infrastruktur modernisiert, Wohnungen gebaut, Fachkräfte gewonnen und die Wirtschaft transformiert werden. Kaum ein Vorhaben wird dabei ohne das Handwerk auskommen.

Doch während die Erwartungen an uns wachsen, werden die Rahmenbedingungen für die Betriebe nicht einfacher. Der Reformbedarf in den sozialen Sicherungssystemen ist unverändert, da Betriebe mit steigenden Lohnnebenkosten, Preissteigerungen und einer zunehmenden Regelungsdichte konfrontiert werden. Gleichzeitig entstehen neue Anforderungen im Arbeits- und Vergaberecht, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bewältigen müssen.

Wo Kommunen zunehmend selbst als Marktakteure auftreten, müssen faire Wettbewerbsbedingungen gewahrt bleiben. Ein starkes Handwerk und ein funktionierender Wettbewerb bleiben die Grundlage für regionale Wertschöpfung, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung.

Zugleich zeigt sich: Die Zukunft des Handwerks wird nicht allein vor Ort entschieden. Internationale Kooperationen und Fachkräftegewinnung im Ausland gewinnen zunehmend an Bedeutung. Das Handwerk der Region Stuttgart vernetzt sich, um über Ländergrenzen hinweg neue Impulse für Ausbildung und Fachkräftesicherung zu erhalten.

Mit diesem Bericht beleuchten wir die politischen Rahmenbedingungen, unter denen das Handwerk seine Rolle als Umsetzer der Transformation wahrnimmt. Er zeigt Chancen auf, benennt Hindernisse und formuliert Erwartungen an Politik und Verwaltung. Denn eines ist klar: Die großen Zukunftsaufgaben werden nicht in Ministerien oder Parlamenten umgesetzt, sondern auf Baustellen, in Werkstätten und in den Betrieben des Landes.



R. Reichhold

Rainer Reichhold
Präsident
Handwerkskammer Region Stuttgart



P. Friedrich

Peter Friedrich
Hauptgeschäftsführer
Handwerkskammer Region Stuttgart



Der Koalitionsvertrag des Landes aus Sicht des Handwerks

Mit dem Koalitionsvertrag 2026-2031 haben Bündnis 90/Die Grünen und CDU den Anspruch formuliert, Baden-Württemberg wirtschaftlich, technologisch und gesellschaftlich durch eine Phase tiefgreifender Transformation zu führen. Im Mittelpunkt stehen Wettbewerbsfähigkeit, Klimaneutralität, Digitalisierung, Fachkräftesicherung sowie die Modernisierung staatlicher Strukturen. Der Vertrag versteht sich damit weniger als klassische sektorale Förderagenda, sondern stärker als wirtschafts- und transformationspolitische Gesamtstrategie für das Land.

Aus Sicht des Handwerks ist positiv hervorzuheben, dass zentrale Herausforderungen des Mittelstands und der betrieblichen Praxis sichtbar adressiert werden. Gleichzeitig bleibt der Vertrag in vielen Bereichen programmatisch. Zahlreiche Vorhaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt, konkrete Umsetzungswege bleiben offen. Entscheidend wird daher weniger die strategische Zielbeschreibung als die tatsächliche Prioritätensetzung im Haushalt und in der praktischen Umsetzung sein.

Das Handwerk als Umsetzer der Transformation

Der Koalitionsvertrag weist dem Handwerk eine zentrale Rolle bei der Umsetzung politischer Zukunftsprojekte zu, insbesondere in der Energie- und Wärmewende, im Wohnungsbau, in der Infrastrukturmodernisierung und der Digitalisierung. Damit wird es als zentraler Umsetzungspartner staatlicher Transformationspolitik verstanden. Zugleich ist die Gesamtstrategie stark technologie- und innovationsorientiert, mit Schwerpunkten auf GreenTech, industrieller Transformation und Digitalisierung. Für das Handwerk ergeben sich daraus sowohl Chancen als auch erhebliche Anpassungsanforderungen.

„Für das Handwerk wird es entscheidend sein, die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen kritisch zu begleiten und auf eine verbindliche finanzielle Priorisierung zentraler Zukunftsthemen zu drängen.“

Berufliche Bildung und Meisterförderung

Positiv bewertet das Handwerk die angekündigte Erhöhung der Meisterprämie auf 3.000 Euro sowie die Fortführung von Meistergründungs- und Übernahmeförderungen. Damit greift die Koalition zentrale Forderungen zur Stärkung beruflicher Bildung und unternehmerischer Selbstständigkeit auf. Gerade vor dem Hintergrund zahlreicher anstehender Betriebsübergaben können diese Maßnahmen wichtige Anreize für Qualifizierung, Gründung und Nachfolge schaffen.

Auch der Modernisierungspakt für die beruflichen Bildungsstätten, eine Forderung des Handwerks, die 1:1 übernommen wurde, kann wichtige Impulse setzen. Moderne Werkstätten, digitale Ausstattung und zeitgemäße Lernumgebungen sind entscheidend, um Fachkräfte für neue Technologien, Digitalisierung und klimabezogene Gewerke auszubilden.

Allerdings konzentriert sich der Vertrag stark auf bauliche und technische Infrastrukturmaßnahmen. Fragen der personellen Ausstattung beruflicher Schulen, der Gewinnung von Lehrkräften sowie der langfristigen Sicherung ausreichender Ausbildungskapazitäten bleiben vergleichsweise offen. Auch bei der strukturellen Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung fehlt es weiterhin an konkreten Maßnahmen.

Fachkräftesicherung und Anerkennung

Die Koalition plant schnellere Anerkennungsverfahren, stärkere Fachkräftezuwanderung und Verbesserungen bei Berufsorientierung und Ausbildung. Damit werden zentrale Probleme des Handwerks erkannt. Entscheidend wird jedoch sein, ob Verfahren tatsächlich vereinfacht und beschleunigt werden. Die Fachkräftesicherung bleibt eine der größten Herausforderungen für das Handwerk. Gerade kleine Betriebe sind auf praxistaugliche Lösungen und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung beruflicher Bildung angewiesen.

Energie, Wärmewende und Wohnungsbau

Die geplanten Maßnahmen bei Klimaschutz, energetischer Sanierung und kommunaler Wärmeplanung schaffen erhebliche Marktpotenziale für zahlreiche Gewerke. Besonders Betriebe aus SHK-, Elektro- und Ausbauhandwerk werden bei der Umsetzung eine Schlüsselrolle übernehmen.

Gleichzeitig braucht es verlässliche Förderbedingungen, Planungssicherheit und realistische Umsetzungsfristen. Viele Ziele bleiben bislang sehr allgemein formuliert. Positiv sind die angekündigten Beschleunigungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Gerade für Bau- und Ausbauhandwerk sind schnellere Verfahren und mehr Wohnungsbau von zentraler Bedeutung. Ob die Maßnahmen in der kommunalen Praxis tatsächlich Wirkung entfalten, bleibt jedoch abzuwarten.

Bürokratieabbau und Verwaltungsdigitalisierung

Der angekündigte Bürokratieabbau sowie digitale Verwaltungungsverfahren entsprechen langjährigen Forderungen des Handwerks. Vereinfachte Förderprozesse und digitale Antragsverfahren können Betriebe spürbar entlasten. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Digitalisierung allein noch keine einfacheren Verfahren garantiert. Entscheidend wird sein, ob Verwaltungsprozesse tatsächlich schneller, einfacher und praxistauglicher werden.

Finanzierungsvorbehalt bleibt Herausforderung

Viele Vorhaben des Koalitionsvertrags stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Damit bleibt offen, welche Projekte tatsächlich umgesetzt werden können. Für das Handwerk wird entscheidend sein, ob Zukunftsinvestitionen in Bildungsstätten, Infrastruktur, Wärmeplanung und Fachkräftesicherung politisch priorisiert werden. Der eigentliche Praxistest beginnt daher erst mit den kommenden Haushaltsberatungen.

Leerstellen des Koalitionsvertrags

Trotz der breiten Themenaufnahme bleiben wichtige Bereiche unterrepräsentiert. Dies betrifft insbesondere die strukturelle Weiterentwicklung beruflicher Bildung, Fragen der Pflege und sozialen Infrastruktur sowie die Rolle von Frauen in Wirtschaft und Selbstständigkeit. Gerade funktionierende Betreuungs- und Pflegestrukturen sind für kleine und mittlere Betriebe von erheblicher Bedeutung, um Fachkräfte im Erwerbsleben zu halten.

Auch regionale Unterschiede innerhalb Baden-Württembergs und die besonderen Herausforderungen von Ballungsräumen wie der Region Stuttgart werden nur begrenzt berücksichtigt. Die konkrete Umsetzung vieler Vorhaben bleibt offen. Hohe Erwartungen treffen auf begrenzte finanzielle Spielräume und erhebliche Anforderungen an Verwaltung und Kommunen.

Wir fordern:

- verlässliche und dauerhaft finanzierte Förderprogramme für Transformation und Investitionen
- schnellere Genehmigungs- und Verwaltungungsverfahren
- stärkere gesellschaftliche und politische Aufwertung beruflicher Bildung
- schnellere Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte
- wettbewerbsfähige Energiepreise für das Handwerk
- praxisnahe Umsetzung statt zusätzlicher Regulierung

Ansprechpartner:innen für das Handwerk (Stand 01.06.2026)

Partei	Name	Amt/Funktion
Grüne	Cem Özdemir	Ministerpräsident mit Staatsministerium
CDU	Manuel Hagel	Vize-Ministerpräsident
Grüne	Danyal Bayaz	Ministerium für Finanzen
Grüne	Thekla Walker	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
Grüne	Theresa Schopper	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
Grüne	Clara Resch	Handwerkspolitische Sprecherin
Grüne	Dr. Markus Rösler	Fachsprecher für Wirtschaft
CDU	Manuel Hagel	Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa
CDU	Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus
CDU	Thomas Dörflinger	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus
CDU	Nicole Razavi	Ministerium für Verkehr
CDU	Winfried Mack	Wirtschaftspolitischer Sprecher
SPD	Dr. Stefan Fulst-Blei	Wirtschaftspolitischer Sprecher
AfD	Bernd Gögel	Wirtschaftspolitischer Sprecher

Reformagenda im Bund: Große Rhetorik, kleine Schritte

Mit den angekündigten großen Strukturreformen verbindet das Handwerk die Erwartung, dass die Bundesregierung endlich echte grundlegende Veränderungen in der Sozialpolitik anstößt. Für das personalintensive Handwerk bleiben insbesondere die hohen Lohnnebenkosten von derzeit rund 43 Prozent eine erhebliche Belastung. Ziel muss es sein, die Sozialabgaben wieder dauerhaft unter 40 Prozent zu senken und die Finanzierung der sozialen Sicherung langfristig tragfähig aufzustellen.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Zwar wurden erste Vorhaben, etwa in der Grundsicherung, auf den Weg gebracht, der dringend benötigte große Reformansatz bleibt jedoch aus. Gleichzeitig wächst der Druck: wirtschaftliche Schwäche, demografischer Wandel sowie die Transformation in Energie-, Klima- und Verteidigungspolitik belasten Arbeitgeber:innen wie Arbeitnehmer:innen zunehmend.

„Für das Handwerk zählt nun vor allem, ob aus den Ankündigungen tatsächlich belastbare Reformen werden.“

Die Bundesregierung spricht inzwischen von einem „Reformfenster“ oder „Reformpaket“. Ein Jahr nach Amtsantritt bleibt jedoch offen, warum trotz des enormen Problemdrucks notwendige Strukturreformen weiterhin nur zögerlich umgesetzt werden.

Krankenversicherung: Kostenproblem bleibt ungelöst

Die Gesundheitsreform soll die Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenversicherung kurzfristig schließen. Positiv bewertet das Handwerk Ansätze wie eine stärkere Ausgabenbegrenzung, die Begrenzung von Verwaltungskosten und eine stärkere Orientierung an nachweislich wirksamen Behandlungen. Auch das geplante Ende der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern wird grundsätzlich begrüßt, da es die Beitragsgerechtigkeit stärkt. Gleichzeitig sollen Familien mit kleinen Kindern oder Pflegeaufgaben weiterhin abgesichert bleiben.

Kritisch sieht das Handwerk dagegen die geplante Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie höhere Abgaben für Minijobs. Beides würde Arbeitgeber und Beschäftigte zusätzlich belasten – gerade in handwerksnahen Bereichen mit flexiblem Personaleinsatz.

Besonders problematisch sind die vorgesehenen Änderungen bei Hilfsmitteln und Zahnersatz. Für das Zahntechniker-Handwerk besteht die Gefahr, dass pauschale Festbeträge hochwertige und individuelle Versorgungen wirtschaftlich erschweren. Das gefährdet langfristig Qualität und Versorgungssicherheit, insbesondere im ländlichen Raum.

Grundsätzlich bleibt mittel- und langfristig das zentrale Problem ungelöst: Die gesetzliche Krankenversicherung hat vor allem ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem. Notwendig sind daher strukturelle Reformen

wie eine bessere Steuerung der Patientenversorgung, eine stärkere Verzahnung von ambulanter mit stationärer Versorgung und eine stärkere Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln.

Rentenpolitik: Schwierige Entscheidungen vertagt

Auch in der Rentenpolitik fehlen bislang tragfähige Antworten. Das Rentenpaket 2025 stabilisiert zwar kurzfristig das Rentenniveau, löst aber die langfristigen Finanzierungsprobleme nicht. Der demografische Wandel setzt den Generationenvertrag massiv unter Druck: Immer weniger Beitragszahler finanzieren immer mehr Rentnerinnen und Rentner.

Mit der Aktivrente wurden erste Anreize geschaffen, länger im Erwerbsleben zu bleiben. Das kann auch zur Fachkräftesicherung im Handwerk beitragen. Für eine nachhaltige Stabilisierung reicht das jedoch nicht aus.

Innerhalb der Koalition bestehen weiterhin unterschiedliche Vorstellungen über die künftige Ausgestaltung des Rentensystems. Für das Handwerk ist entscheidend, dass Reformen die Realität körperlich anspruchsvoller Berufe berücksichtigen und flexible Lösungen ermöglichen.

Fazit: Reformtempo entscheidet über die Zukunftsfähigkeit

Aus Sicht des Handwerks bleibt die sozialpolitische Bilanz der Bundesregierung bislang unzureichend. Statt langfristig tragfähiger Reformen dominieren kurzfristige Stabilisierungsschritte. Dadurch steigen Kosten, Unsicherheit und Belastungen für Betriebe weiter an. Zwischen „Politikwechsel“, „Reformfenster“ und „Reformpaket“ bleibt bislang die Rhetorik größer als die tatsächliche Reformwirkung.

Für das Handwerk ist klar: Deutschland kann sich diesen Reformstau nicht länger leisten. Notwendig sind mutige, konsistente Reformen, die die Sozialversicherung dauerhaft stabilisieren, die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands sichern und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik stärken. Denn die Stärke unserer Demokratie hängt auch davon ab, ob Staat und Politik wirksam bleiben und das Zutrauen von Bürgern und Betrieben sichern.

Wir fordern:

- Die Sozialabgaben dauerhaft auf unter 40 Prozent zu stabilisieren, um die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Betriebe zu sichern und Investitionen nachhaltig zu fördern.
- Eine tiefgreifende Reform, die generationengerecht gedacht ist und die sozialen Sicherungssysteme langfristig tragfähig macht.
- Bei einer möglichen Anhebung des Renteneintrittsalters die besonderen körperlichen Belastungen durch die Arbeitsbedingungen in Handwerksberufen zu berücksichtigen.

Arbeitsrecht 2026: Zwischen Flexibilität und Regulierung

Die Bundesregierung plant für 2026 zentrale arbeitsrechtliche Reformen. Im Mittelpunkt stehen Änderungen beim Arbeitszeitrecht, neue Vorgaben zur Arbeitszeiterfassung sowie Anpassungen im Antidiskriminierungsrecht (AGG). Gleichzeitig gewinnen europäische Vorgaben – etwa zur Entgelttransparenz und zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI)

im Arbeitsleben – zunehmend an Bedeutung. Für das Handwerk kommt es jetzt darauf an, Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit und praxistaugliche Regeln in Einklang zu bringen. Denn gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stehen bereits heute unter hohem Druck durch Fachkräftemangel, steigende Kosten und wachsende Bürokratie.



Arbeitszeit: Betriebliche Realität stärker berücksichtigen

Die geplante Reform des Arbeitszeitgesetzes sieht zwar mehr Flexibilität durch eine stärkere Orientierung an der wöchentlichen Höchstarbeitszeit vor. Der aktuelle Gesetzentwurf bleibt jedoch hinter den Erwartungen des Handwerks zurück. Nach Auffassung des ZDH gehen die vorgesehenen Regelungen an

der betrieblichen Realität vieler Handwerksbetriebe vorbei und schaffen zusätzliche bürokratische Hürden. Gerade Baustellenabläufe, Wetterbedingungen oder kurzfristige Kundenanforderungen erfordern praxistaugliche und flexible Arbeitszeitregelungen.



Arbeitszeiterfassung: Einfach, digital und praktikabel

Parallel dazu soll die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung gesetzlich konkretisiert werden. Digitale und unbürokratische Lösungen können dabei zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit beitragen. Entscheidend ist jedoch, dass insbesondere kleinere Betriebe

nicht durch zusätzliche Dokumentations- und Nachweispflichten überfordert werden. Andernfalls droht die gewünschte Flexibilität im Arbeitsalltag durch neue Bürokratie wieder eingeschränkt zu werden.

„Die Richtung stimmt – die Balance noch nicht.“



AGG-Reform: Verhältnismäßigkeit wahren

Mit der geplanten Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sollen unter anderem Schlichtungsverfahren eingeführt und Fristen verlängert werden. Diskriminierungsschutz bleibt ein wichtiger Bestandteil moderner Arbeitswelten. Neue Regelungen müssen jedoch verhältnismäßig ausgestaltet

werden und dürfen gerade kleinere Betriebe nicht mit zusätzlichen Verfahren und Rechtsunsicherheiten belasten. Besonders Unternehmen ohne eigene Personalabteilungen stoßen hier schnell an organisatorische Grenzen.



Tariftreuegesetz: Mittelstand nicht ausbremsen

Mit dem Bundestariftreuegesetz sollen öffentliche Aufträge künftig an tarifgebundene beziehungsweise tarifähnlich zahlende Unternehmen vergeben werden. Ziel sind faire Wettbewerbsbedingungen. Für viele Handwerksbetriebe entstehen dadurch

jedoch zusätzliche Nachweis-, Kontroll- und Haftungspflichten. Vor allem kleinere Betriebe sehen die Gefahr, dass öffentliche Ausschreibungen durch steigenden Verwaltungsaufwand zunehmend unattraktiv werden.



Neue EU-Vorgaben: Mehr Aufwand bei Vergütung und KI

Auch europäische Regelungen verändern das Arbeitsrecht spürbar. Die Entgelttransparenzrichtlinie bringt neue Auskunft- und Dokumentationspflichten für Vergütungssysteme mit sich. Gleichzeitig schafft die europäische KI-Verordnung neue Anforderungen beim

Einsatz digitaler Systeme, etwa in Bewerbungsverfahren oder der Einsatzplanung. Für viele Handwerksbetriebe bedeutet das zusätzlichen organisatorischen Aufwand und wachsende Anforderungen an Dokumentation, Transparenz und Kontrolle.

Wir fordern:

- Mehr betriebliche Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen
- Arbeitszeiterfassung einfach, digital und mittelstandsfreundlich ausgestalten
- Dokumentations- und Nachweispflichten auf ein praktikables Maß begrenzen
- Tariftreue und EU-Vorgaben praxistauglich und KMU-freundlich umsetzen
- Rechtssichere und verständliche Regelungen statt zusätzlicher Bürokratie schaffen

Kommunale Wirtschaftstätigkeit als strukturelle Herausforderung

Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen ist seit Jahren ein zentrales handwerks-politisches Thema. Kommunen sind unverzichtbare Akteure bei der Daseinsvorsorge, der Infrastrukturentwicklung und der Umsetzung politischer Zielsetzungen. Gleichzeitig treten sie über Eigen-, Regie- oder Beteiligungs-betriebe zunehmend auch in wirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern auf, die traditionell vom regionalen Handwerk geprägt sind. Diese Entwicklung beeinflusst die Wettbewerbsbedingungen im lokalen Markt und ist insbesondere für das handwerklich geprägte, mittelständische Gefüge im Kammerbezirk Region Stuttgart von erheblicher Bedeutung.

Formen kommunaler Marktpräsenz

Kommunale Konkurrenz entsteht dabei nicht punktuell, sondern strukturell. Sie zeigt sich etwa durch ausgeweitete Eigenleistungen kommunaler Betriebe, durch Inhouse-Vorgaben oder durch kommunale Unternehmen, die Leistungen anbieten, die in Art und Umfang denen des Handwerks entsprechen. Diese Aktivitäten erfolgen unter anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als im privaten Sektor. Strukturelle Vorteile, etwa bei Finanzierung oder organisatorischer Einbindung in den kommunalen Verbund, können zu unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen führen, auch wenn die jeweiligen Aktivitäten rechtlich zulässig sind. Für das Handwerk ist dabei weniger die formale Rechtslage entscheidend als die tatsächliche Marktwirkung.

Handwerk als Umsetzungspartner bei der Wärmeplanung

Ein besonders anschauliches Beispiel für diese Entwicklungen bietet die kommunale Wärmeplanung. Mit den aktuellen gesetzlichen Vorgaben haben Kommunen zusätzliche Steuerungs- und Koordinationsaufgaben übernommen. Die Planung der zukünftigen Wärmeversorgung erfordert langfristige Investitionen, Infrastrukturentscheidungen und die Abstimmung vieler Beteiligter. Stadtwerke und kommunale Unternehmen übernehmen dabei zentrale Aufgaben, etwa beim Netzbetrieb und in der Projektkoordination. Gleichzeitig zeigt sich, wie eng Planung und praktische Umsetzung miteinander verknüpft sind.

Die Wärmewende wird maßgeblich durch das regionale Handwerk umgesetzt. Die Betriebe verfügen über die notwendige technische Kompetenz und sind flächendeckend präsent. Damit wird deutlich: Kommunale Strategien sind auf leistungsfähige handwerkliche und mittelständische Strukturen angewiesen. Ohne deren Einbindung drohen Verzögerungen und Umsetzungsprobleme.

Ordnungspolitischer Rahmen: Das Gemeindewirtschaftsrecht

Das Gemeindewirtschaftsrecht in Baden-Württemberg setzt klare Leitplanken. Kommunale wirtschaftliche Betätigung ist an einen öffentlichen Zweck gebunden und muss wirtschaftlich vertretbar sein. Zudem gilt das Subsidiaritätsprinzip: Leistungen sollen grundsätzlich von privaten Unternehmen erbracht werden, wenn dies in vergleichbarer Qualität möglich ist. Für die Handwerkskammer Region Stuttgart ist dieses Prinzip nicht nur eine

rechtliche Vorgabe, sondern handwerkspolitischer Maßstab: Kommunales Handeln muss das regionale Handwerk als Partner stärken und erhalten, damit die Wertschöpfung vor Ort stattfindet.

Beteiligung frühzeitig verankern

Gerade bei komplexen Vorhaben wie der Wärmeplanung, aber auch in den Bereichen Bau, Sanierung, Gebäudemanagement und Infrastruktur, ist eine frühzeitige Beteiligung des Handwerks erforderlich. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Planungen an betrieblichen Kapazitäten und wirtschaftlichen Realitäten vorbeigehen.

„Eine konsequente Einbindung schafft praxisnahe Lösungen, erhöht die Akzeptanz und stärkt die regionale Wertschöpfung.“

Fachverbände, Innungen und Handwerkskammern können dabei als wichtige Schnittstellen fungieren. Sie bündeln Fachwissen und ermöglichen einen strukturierten Austausch mit den Kommunen. Verschiedene Beteiligungsformate helfen, Vorhaben praxisnah auszugestalten und verlässliche Kooperationen zu schaffen.

Kommunale wirtschaftliche Aktivitäten müssen zur Aufgabenerfüllung beitragen und zugleich mittelständische Strukturen stärken. Dafür braucht es transparente Entscheidungen, nachvollziehbare Begründungen kommunaler Eigenleistungen und eine Vergabepaxis, die kleine und mittlere Betriebe wirksam einbezieht.

Transparente Zusammenarbeit statt Konkurrenz

Das Land Baden-Württemberg ist aufgefordert, diese Leitlinien zu unterstützen und weiter zu

konkretisieren. Dazu gehört, die Einbindung des Handwerks bei kommunalen Vorhaben ausdrücklich einzufordern, kooperative Verfahren zu fördern und gute Praxis sichtbar zu machen. Nur wenn kommunale Planungshoheit und handwerkliche Umsetzungskompetenz systematisch zusammengedacht werden, lassen sich öffentliche Aufgaben effizient erfüllen, ohne die wirtschaftliche Basis des regionalen Handwerks zu gefährden.

Kommunale Daseinsvorsorge und ein starkes Handwerk sind keine Gegensätze. Die Umsetzung öffentlicher Aufgaben ist vielmehr auf leistungsfähige Betriebe vor Ort angewiesen und schafft zugleich die Grundlage für regionale wirtschaftliche Stabilität und Ausbildung. Die Wärmeplanung zeigt, wie wichtig dafür klare Rollen und verlässliche Verfahren sind. Wo beides gegeben ist, entstehen tragfähige Lösungen für Kommunen und Wirtschaft.

Um kommunale Praxis handwerksgerecht zu gestalten, fordern wir:

- Subsidiarität konsequent berücksichtigen: Kommunale Eigenleistungen nur dort ausbauen, wo private Anbieter nicht in vergleichbarer Weise tätig werden können.
- Handwerk frühzeitig einbinden: Beteiligung bereits in der Planungsphase verbindlich verankern.
- Wettbewerbsbedingungen angleichen: Strukturelle Vorteile kommunaler Unternehmen offenlegen und begrenzen.
- Vergabe mittelstandsorientiert gestalten: Zugang für kleine und mittlere Betriebe sicherstellen.
- Dialogformate stärken: Regelmäßigen Austausch zwischen Kommunen, Unternehmen und Handwerksorganisationen etablieren.
- Landesebene einbeziehen: Leitlinien präzisieren und Kooperation aktiv unterstützen.

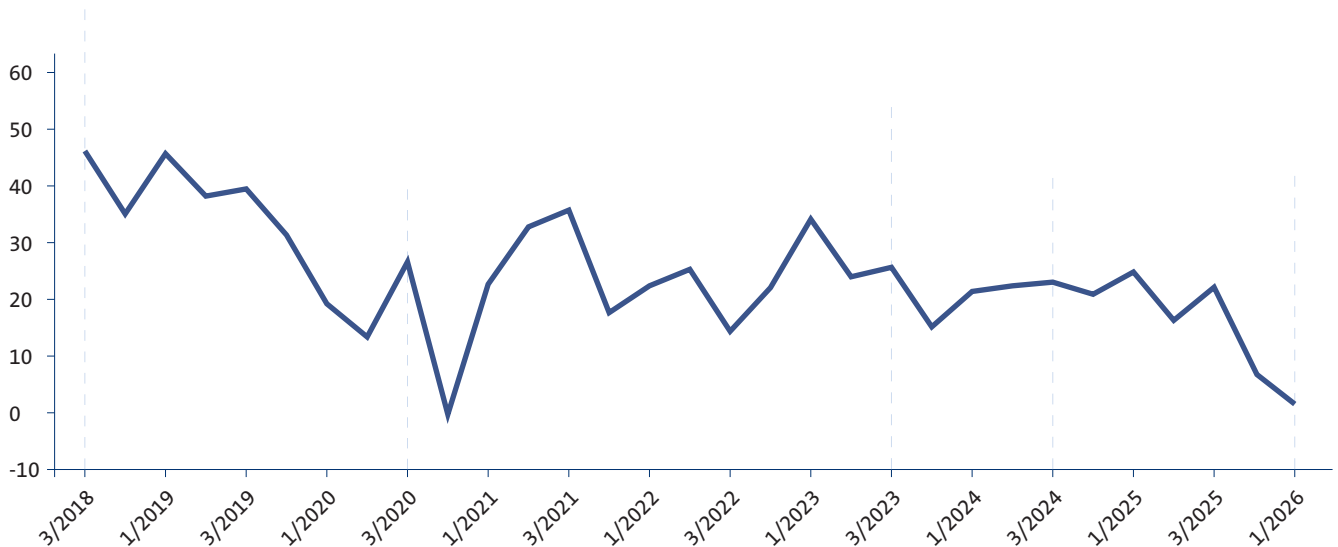
Keine Energiewende ohne Investitionen

Die Region Stuttgart will klimaneutral werden. Gebäude sollen saniert, Wärmepumpen eingebaut, Solaranlagen installiert, Stromnetze modernisiert und Ladeinfrastruktur ausgebaut werden. Für all das braucht es das Handwerk. Doch ausgerechnet jene Betriebe, die die Energiewende umsetzen sollen, geraten selbst zunehmend unter Druck.

Schon die Frühjahrsumfrage der Handwerkskammer Region Stuttgart ließ erkennen, wie stark steigende Kosten, schwache Nachfrage

und wirtschaftliche Unsicherheit auf den Betrieben lasten. Die Ergebnisse waren ein deutliches Signal für die angespannte Lage vieler Unternehmen und dürften kaum an Aktualität verloren haben. Besonders problematisch ist dabei ein Trend, der auf den ersten Blick leicht übersehen wird: Die Investitionsbereitschaft sinkt. Ausgerechnet in einer Phase, in der das Handwerk die Energiewende praktisch umsetzen soll, treten viele Betriebe auf die Bremse.

Die Erholung bleibt aus: Konjunkturindikator des Handwerks in der Region Stuttgart seit 2018



Quelle: Handwerkskammer Region Stuttgart

Zwischen Wärmepumpe und Werkstattrechnung

Die öffentliche Debatte über die Energiewende konzentriert sich häufig auf Förderprogramme, Heizungen oder Klimaziele. Im Handwerk stellt sich die Situation deutlich pragmatischer dar. Ein Betrieb der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (SHK) qualifiziert zusätzliche Fachkräfte für Wärmepumpen. Ein Elektrohandwerksbetrieb investiert in neue Messtechnik für intelligente Stromnetze. Ein Metallbauer modernisiert seinen Maschinenpark, um energieeffizienter zu produzieren.

All diese Investitionen kosten Geld. Gleichzeitig steigen Energiepreise, Sozialabgaben, Finanzierungskosten und Materialpreise. Viele Betriebe stehen deshalb vor einer einfachen Frage: Investieren oder abwarten? Die Antwort lautet leider zu oft Abwarten.

Das zeigt sich nicht nur in der Region Stuttgart. Auch bundesweit sinken die Investitionen im Handwerk. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) spricht von einer vertagten Konjunkturwende. Umsätze, Auftragsbestände und Investitionen entwickeln sich rückläufig.

Die Region Stuttgart spürt die Folgen besonders stark

Die Herausforderungen treffen die Region Stuttgart in besonderer Weise. Hier arbeiten Handwerk und Industrie eng zusammen. Viele Betriebe sind Teil regionaler Wertschöpfungsketten und hängen von Investitionsentscheidungen ihrer gewerblichen Kunden ab.

Wenn Industrieunternehmen Projekte verschieben, Maschinen später ersetzen oder Erweiterungen auf Eis legen, kommt das schnell bei den Handwerksbetrieben an. Besonders deutlich zeigt sich das bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf. Gerade dort fallen die Erwartungen für die kommenden Monate besonders pessimistisch aus.

Gleichzeitig entstehen neue Chancen. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die energetische Gebäudesanierung und die Modernisierung der Energieinfrastruktur eröffnen vielen Betrieben neue Geschäftsfelder.

„Das Handwerk befindet sich in einer Doppelrolle: Es ist Betroffener und Gestalter der Energiewende zugleich.“

Das Problem heißt nicht Transformation

Kaum ein anderer Wirtschaftsbereich profitiert so stark von Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung oder erneuerbare Energien. Zimmerer und Stuckateurinnen sanieren Gebäudehüllen, Elektrohandwerke bauen Ladeinfrastruktur auf, SHK-Betriebe installieren moderne Heiztechnik.

Das eigentliche Problem ist nicht die Transformation selbst. Das Problem sind die Rahmenbedingungen. Förderprogramme werden angepasst, technische Vorgaben verändert, Energiepreise schwanken stark und Investitionsentscheidungen werden dadurch schwieriger. Wer jedoch heute Personal aufbaut oder Maschinen anschafft, muss darauf vertrauen können, dass die politischen Leitplanken morgen noch gelten.

Das Handwerk fordert deshalb ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz zusammenführt. Wettbewerbsfähige Energiepreise, moderne Netze und verlässliche Rahmenbedingungen sind keine Sonderinteressen einzelner Branchen. Sie sind Voraussetzungen dafür, dass die Transformation gelingt.

Die eigentliche Gefahr: ein Investitionsstau

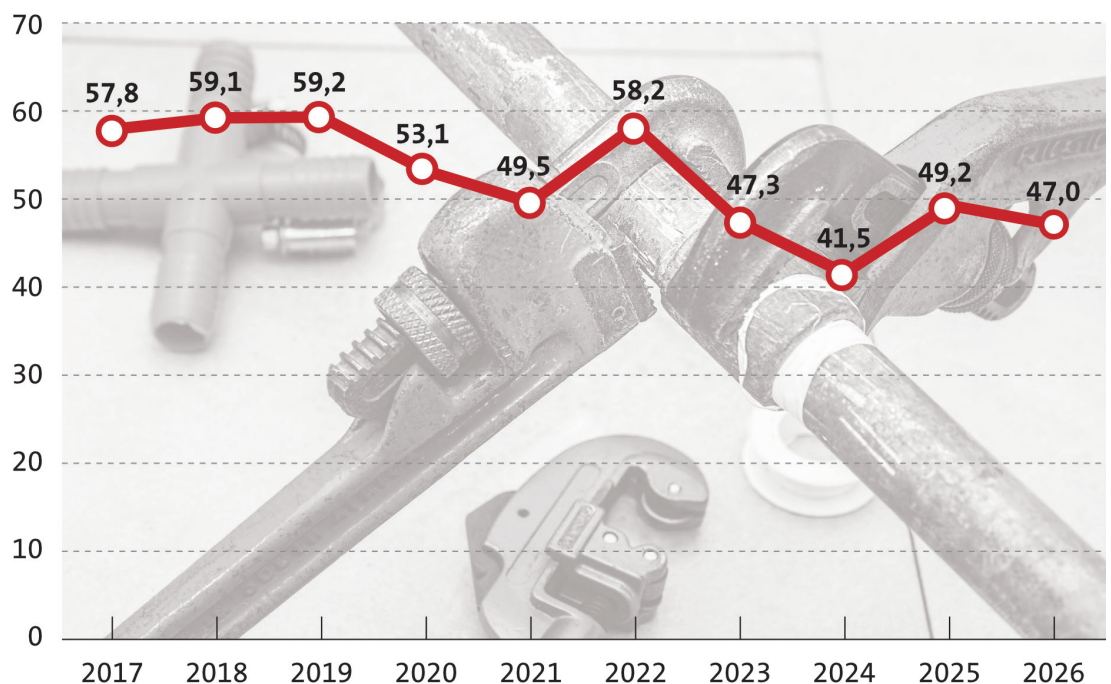
Noch problematischer wäre jedoch, wenn Betriebe dauerhaft auf Investitionen verzichten. Denn die Energiewende wird nicht durch politische Beschlüsse umgesetzt. Sie wird von Handwerkerinnen und Handwerkern geplant, gebaut, installiert und gewartet. Wenn Betriebe Investitionen verschieben, Fachkräfte nicht einstellen oder Innovationen aufschieben, verzögert sich auch die Transformation. Die Politik sollte deshalb weniger darüber diskutieren, welche Technologie die richtige ist, und stärker darüber, wie Investitionen wieder attraktiver werden. Gerade in einer innovationsstarken Region wie Stuttgart entscheidet sich daran, ob die Energiewende zum Modernisierungsschub oder zum Standortnachteil wird.

Damit die Energiewende nicht am Handwerk scheitert, fordern wir:

- Energiepreise wieder auf ein wettbewerbsfähiges Niveau bringen
- Investitionen in Energieeffizienz, Digitalisierung und neue Technologien gezielt stärken
- Förderprogramme verlässlich und langfristig ausgestalten
- Netzausbau und Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Praxiswissen des Handwerks frühzeitig in politische Entscheidungen einbeziehen
- Transformation als gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Handwerk verstehen

Investitionen werden ausgebremst

Investitionswillige Handwerksunternehmen seit 2017



Weltweit vernetzt für das Handwerk in der Region

Fachkräfteentwicklung und -sicherung sind zentrale Herausforderungen für das Handwerk in der Region Stuttgart. Die Handwerkskammer setzt deshalb gezielt auf internationale Kooperationen, nach dem Prinzip: global denken, regional profitieren. Internationale Partnerschaften eröffnen neue Wege der Fachkräftegewinnung und -qualifizierung und stärken zugleich die Attraktivität der dualen Ausbildung. So trägt die Handwerkskammer wesentlich zur Zukunftsfähigkeit des regionalen Handwerks bei.

Fachkräftegewinnung aus dem Ausland

Ein Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau strategischer Partnerschaften zur Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte. Die Bedeutung internationaler Fachkräftezuwanderung wird auch politisch gestützt – etwa durch Initiativen zur Beschleunigung von Verfahren und zur besseren Integration. Ein konkretes Beispiel ist die Kooperation mit der Berufsschule Don Bosco in Mumbai (Indien) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Aktuell bereiten sich dort 18 junge Menschen auf eine Ausbildung im Handwerk in der Region Stuttgart vor. Neben fachlicher Qualifizierung erhalten sie Deutschunterricht sowie interkulturelle Schulungen. Diese werden im Rahmen des GIZ-Projekts „Partnerschaften in der Arbeitsmigration“ (PAM) gefördert. Parallel unterstützt die Handwerkskammer Region Stuttgart Betriebe bei allen Fragen rund um Einreise, Ausbildung und Integration internationaler Auszubildender.

Internationale Partnerschaften ausbauen

Neben Indien engagiert sich die Kammer verstärkt im Kosovo. Mit der Gründung des „Stuttgart Kosovo Action Committee“ wurde eine Plattform geschaffen, um die Zusammenarbeit in den Bereichen duale Ausbildung, Unternehmensvernetzung und Qualifizierung auszubauen. Geplante Maßnahmen reichen von Delegationsreisen über Messebesuche (zum Beispiel AMB Stuttgart) bis hin zu Studienaufenthalten und Hospitationen in der Bildungsakademie.

Auch im Rahmen des Projekts „Future International Talents für German Climate Businesses“ (FIT for German Climate Businesses) konnten Erfolge erzielt werden. Die ersten Teilnehmenden aus Kolumbien schließen derzeit ihre Deutschkurse ab und werden in den nächsten Wochen nach Deutschland reisen. Insgesamt kommen 15 kolumbianische Fachkräfte in die Region. Es handelt sich überwiegend um Elektronikerinnen und Elektroniker, teilweise mit anerkannter Ausbildung und einschlägiger Berufserfahrung.

Darüber hinaus arbeitet die Handwerkskammer gemeinsam mit der GIZ Jordanien an weiteren Maßnahmen zur internationalen Fachkräftegewinnung.

„Mit diesen Projekten gewinnen wir gezielt internationale Talente für den regionalen Arbeitsmarkt.“

Internationale Erfahrung für Auszubildende

Neben der Gewinnung neuer Fachkräfte stärkt die Handwerkskammer Region Stuttgart gezielt die internationale Kompetenz des Nachwuchses. Austauschprogramme erhöhen die Attraktivität der dualen Ausbildung und fördern die persönliche Entwicklung. Ein zentrales Angebot ist das Mobilitätsprogramm „Go.for.europe“. Auszubildende absolvieren vierwöchige Praktika im europäischen Ausland, inklusive sprachlicher und organisatorischer Unterstützung. Die Finanzierung erfolgt überwiegend über Erasmus+. Im Jahr 2025 nahmen daran insgesamt 57 Auszubildende teil, darunter 14 aus der Region Stuttgart. Einsatzländer waren unter anderem Finnland, Italien und Spanien. Besonders vertreten waren Berufe aus dem Schreinerhandwerk, der Zimmerei, Konditorei und Anlagenmechanik. Auch die Betriebe profitieren: Die Teilnehmenden kehren mit gestärkter Selbstständigkeit, Motivation und erweiterten Kompetenzen zurück.

Praxisnaher Austausch: Volterra-Projekt

Ein besonderes Erfolgsmodell ist der Gesel-
lenaustausch mit Volterra (Italien). Seit 1999 haben über 440 junge Handwerkerinnen und Handwerker daran teilgenommen. Während eines dreimonatigen Aufenthalts arbeiten die Teilnehmenden in italienischen Betrieben, auf Baustellen oder in Restaurierungsprojekten. Der vierwöchige Sprachkurs zu Beginn erleichtert den Einstieg. Der enge Austausch mit lokalen Betrieben sowie das Leben vor Ort fördern sowohl die fachlichen als auch die persönlichen Kompetenzen der Teilnehmenden.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen mit den Projektpartnern im März 2026 in der italienischen Kleinstadt Volterra.

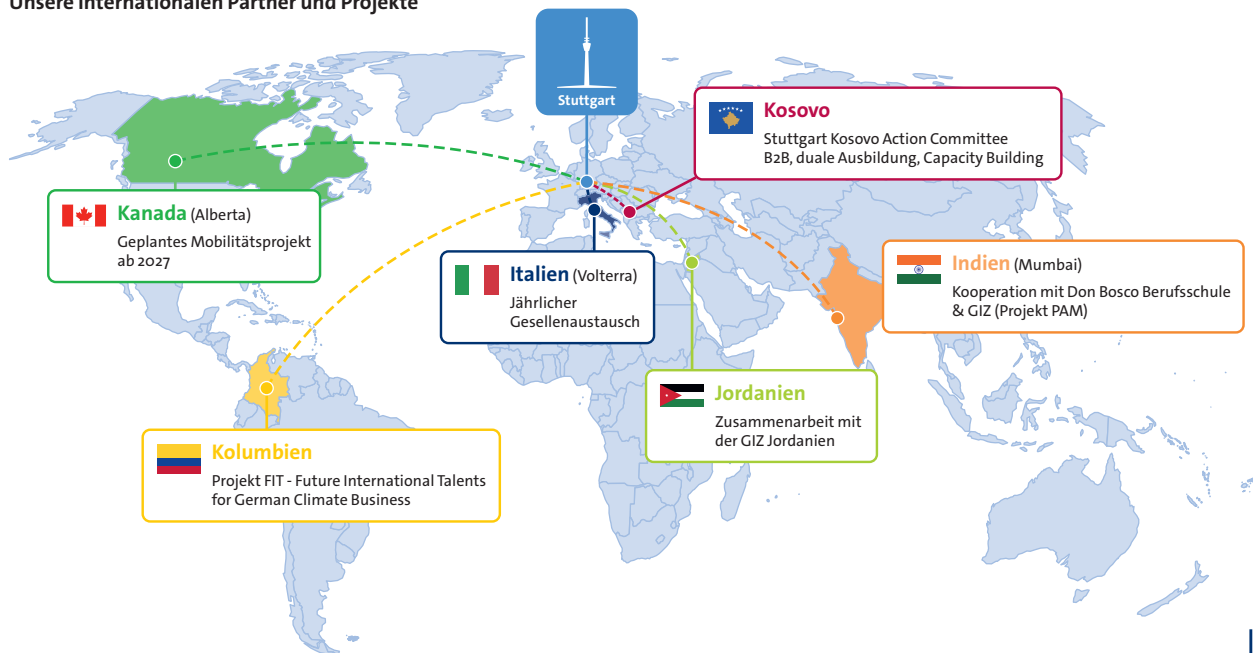
Ausblick: Neue Partnerschaften weltweit

Die internationale Ausrichtung soll weiter ausgebaut werden. Ab 2027 ist ein neuer Austausch mit der Region Alberta (Kanada) geplant.

Ziel ist ein dreimonatiger Gesellenaustausch zur Vertiefung fachlicher Kompetenzen und zur Stärkung der internationalen Vernetzung.

International vernetzt — für das Handwerk in Stuttgart

Unsere Internationalen Partner und Projekte



Gemeinsam weltweit.
Für das Handwerk.

Zukunftskonvent: Von der Debatte zu Taten

Mit dem Auftakt zum Zukunftskonvent brachte die Region Stuttgart am 15. Juni 2026 erstmals über 100 Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbänden zusammen, um zentrale Zukunftsfragen des Standorts zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen die Wettbewerbsfähigkeit der Region, der industrielle Wandel sowie die Sicherung von Fachkräften und Innovationen.

Der Konvent soll bestehende Netzwerke und Initiativen besser verzahnen und den Auftakt für einen länger angelegten regionalen Dialogprozess bilden, in dem Problemlagen gemeinsam geschärft und priorisiert werden. Ziel ist es, konkrete Ansätze zu entwickeln, wie die wirtschaftliche Stärke der Region wieder schneller in Wachstum, Investitionen und Wertschöpfung übersetzt werden kann.

Basis der weiteren Arbeit sind sechs zentrale Missionen, die beim Auftakt als gemeinsame Handlungsfelder diskutiert wurden:

- Transformation beschleunigen – Zukunft gestalten
- Innovation und Gründergeist mobilisieren – Resilienz aufbauen
- Digitalisierung durchsetzen – Wettbewerbsfähigkeit stärken
- Standortqualität stärken – Entwicklung ermöglichen
- Offenheit leben – internationale Stärke ausbauen
- Fachkräfte sichern – Potenziale heben

Für das Handwerk ist klar: Entscheidend wird sein, dass aus Austausch und Strategiepapieren konkrete Verbesserungen im betrieblichen Alltag entstehen.

Denn die Transformation wird vor Ort umgesetzt – in den Werkstätten, auf Baustellen und in den Unternehmen der Region.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind darauf angewiesen, dass politische Zielsetzungen zügig in praktikable Lösungen übersetzt werden. Der Zukunftskonvent bringt dafür die wichtigsten Akteure der Region zusammen.



Netzwerke stärken, Lösungen voranbringen: Peter Friedrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Region Stuttgart (rechts), und Ulrich Steinbach, Abteilungsleiter bei msg Public Sector, beim Zukunftskonvent der Region Stuttgart.